

Partizipative Haushaltspolitik in Berlin-Mitte – erste Schritte

Am Mittwoch, dem 10.12.03 fand in Berlin-Mitte eine Veranstaltung statt, mit dem das Thema Bürgerhaushalt für Berlin auf die Agenda gesetzt werden sollte. Dem workshop gingen mehrmonatige Beratungen zwischen der Bundeszentrale für Politische Bildung, den in Berlin tätigen parteinahen Stiftungen und der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt Berlin voraus.

Initiator dieses Prozesses war die Arbeitsgruppe, die sich vor mehr als einem Jahr gefunden hatte, um unter dem Eindruck der Erfahrungen von Porto Alegre auf diesem Feld wie auch der des Berliner Bankenskandals einen öffentlichen Diskurs zur Einführung demokratisch-partizipativer Elemente in die Berliner Haushaltspolitik in Gang zu bringen. In den folgenden Monaten wurden dann zwischen den beteiligten Seiten unter Moderation der Bundeszentrale für Politische Bildung intensive Diskussionen über Ziele und Formen der Beförderung dieses Anliegens geführt. Zuerst wurde dabei das Ziel verfolgt, einen Beteiligungshaushalt auf Berliner Ebene zu befördern. Dazu gab es mit Vertretern der Landesregierung einige Gespräche. Allerdings erwies sich schließlich das Vorhaben auf der Berliner Ebene so nicht realisierbar. Gleichzeitig begann sich jedoch der Gedanke, dass BürgerInnenbeteiligung in der Haushaltspolitik sinnvoll und nötig ist, auf der Ebene der Berliner Bezirke zu verbreiten. Im Auftrage des kommunalpolitischen forums e.V. (berlin) erarbeiteten Mitglieder der AG Bürgerhaushalt eine Studie, die sich mit möglichen Wegen der Einführung demokratisch-partizipativer Elemente in die bezirkliche Haushaltspolitik befasste, die Heinrich-Böll-Stiftung diskutierte in einer Workshopreihe die Frage, welche Teile des Berliner Haushaltes einer BürgerInnenbeteiligung zugänglich gemacht werden sollten bzw. könnten, die Rosa-Luxemburg-Stiftung begann eine Seminarreihe zur Einführung von Elementen partizipativer Haushaltspolitik, in Berlin Lichtenberg fiel die Entscheidung, anknüpfend an bestehende Partizipative Elemente Schritte in Richtung partizipativer Haushaltspolitik zu gehen. Im Spätherbst folgten verschiedene Initiativen der unterschiedlichen Parteien in den Bezirksverordnetenversammlungen, so dass nun in sieben von zwölf Berliner Stadtbezirken diese Frage auf der Ebene der Bezirkspolitik diskutiert wird. (siehe auch www.brangsch.de/partizipation/haushalt.htm)

Nachdem die Landesebene nur zurückhaltend, wenn auch nicht grundsätzlich ablehnend reagiert hatte, lag so nichts näher, als die Initiative auf einen der Stadtbezirke zu lenken. Berlin-Mitte hatte auf der Grundlage der erwähnten Studie einen ersten Schritt getan und den Haushalt im Internet zur Diskussion gestellt. Zudem erlaubt die politische Konstellation in Mitte, der Bezirksbürgermeister wird von der CDU, der Finanzstadtrat von der PDS gestellt, dass die Entwicklung des Partizipationsprozesses durch alle beteiligten parteinahen Stiftungen begleitet werden kann.

Die Veranstaltung am 10.12. sollte nun vor allem Politik und Verwaltung über Erfahrungen und mögliche Wege partizipativer Haushaltspolitik informieren. Etwa siebzig TeilnehmerInnen waren der Einladung gefolgt. Darunter Mitglieder von Bezirksverordnetenversammlungen, Stadträte, MitarbeiterInnen aus den Verwaltungen, Mitglieder des Abgeordnetenhauses und auch einige interessierte BürgerInnen. Wichtigstes Ergebnis war, dass sowohl der Bezirksbürgermeister von Mitte Joachim Zeller (CDU) wie auch der Finanzstadtrat des Bezirkes Jens-Peter Heuer (PDS) bestätigten, dass der Bezirk versuchen wird, weitere Schritte zu partizipativer Haushaltspolitik zu gehen. Jens-Peter Heuer legte die ersten Erfahrungen dar, die der Bezirk mit dem erwähnten Projekt zur transparenten

Darstellung des Haushaltes im Internet gesammelt hatte. Diese Erfahrungen waren eigentlich ernüchternd, da die Resonanz bei BürgerInnen hinter den Erwartungen zurück blieb. Trotzdem, so Heuer, halte er den Weg für richtig und werde ihn weiter gehen. Worum es jetzt ginge sei noch kein BürgerInnenhaushalt, sondern die Schaffung von Voraussetzungen für diesen. In Kommentaren zu den Beiträgen der beiden Bezirkspolitiker äußerten sich Henner Schmidt (Vorsitzender der FDP-Fraktion in der BVV Mitte) und Oliver Schruoffeneger (MdA, Grüne) grundsätzlich positiv zu diesem Vorhaben, die Gelegenheit natürlich auch zu einer Kritik der Regierungsarbeit auf bezirklicher wie auch Landesebene nutzend.

Um den TeilnehmerInnen des Workshops eine Vorstellung von praktischen Erfahrungen mit BürgerInnenhaushalten zu geben, hatten die VeranstalterInnen den Bürgermeister von Emsdetten Georg Moenikes eingeladen. Er berichtete darüber, wie er in seiner Gemeinde den BürgerInnenhaushalt eingeführt hat und wie er versucht, den Prozess am Leben zu erhalten.

Anschließend wurde in Arbeitsgruppen versucht, Umriss der weiteren Arbeit zu skizzieren. Dies kann bestenfalls als ein erstes Herantasten an die Thematik verstanden werden. In weiteren Treffen mit PolitikerInnen und BürgerInnen müssen Ziele, Gegenstand und Verfahren von BürgerInnenbeteiligung in der Haushaltspolitik weiter diskutiert werden. Hier wird es um weitreichende konzeptionelle Fragen gehen – soll BürgerInnenbeteiligung mehr sein als Defizitverwaltung und Inkorporation von BürgerInnen in Leistungskürzungsstrategien; sollen nur einzelne Teile des Bezirkshaushaltes oder der Haushalt insgesamt zur Diskussion gestellt werden; welche Verfahren der Diskussion sollen gewählt werden; welchen Stellenwert soll das Votum der BürgerInnen im Entscheidungsprozess haben; wie sollen bestehende Beteiligungsverfahren mit neuen Ansätzen partizipativer Haushaltspolitik verknüpft werden u.a.m. Auch wurden, ausgehend von Erfahrungen mit bisher bereits existierenden Beteiligungsverfahren, Bedenken und Vorbehalte geäußert. Einig war man sich darin, dass die Einführung von Elementen partizipativer Haushaltspolitik vor allem ein neues Verhältnis zwischen PolitikerInnen, Verwaltung und BürgerInnen erfordert wie auch nach sich zieht.

Im Januar wird es Auswertung des Workshops weitere Beratungen zu konkreten Projekten zur Beförderung der Vorhaben geben. Dabei wird auch die Frage, wie eine Diskussion zwischen den Berliner Stadtbezirken zu diesen Fragen in Gang gesetzt werden kann, eine wichtige Rolle spielen. Fazit der Veranstaltung ist somit, dass die Zeit offensichtlich reif ist für mehr Demokratie in der Haushaltspolitik. Dies wird von sehr unterschiedlichen politischen Strömungen in diesem Lande erkannt – welches Konzept sich schließlich durchsetzt, hängt von der Mobilisierungsfähigkeit der Parteien und Bewegungen ab.

Lutz Brangsch